

Überarbeitete Bündniserklärung vom 13.11.2023

Wir fordern:

1. Uneingeschränkte körperliche, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung für alle, insbesondere Frauen, nicht-binäre, inter- und trans* Menschen.
2. Streichung der §§ 218ff aus dem Strafgesetzbuch, da selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche keine Straftat sind.
3. Sicheren, niederschweligen und wohnortnahen Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen mit Wahlmöglichkeit der Methode und Kostenfreiheit für alle. Die Finanzierung der medizinische Leistung Schwangerschaftsabbruch muss kostendeckend sein.
4. Staatlich finanzierte freiwillige, wohnortnahe, niederschwellige, ergebnisoffene sowie kostenfreie psychosoziale Beratung für alle Phasen einer Schwangerschaft, nach Schwangerschaftsabbruch und Geburt, Fehlgeburt und Kindestod.
5. Verpflichtende Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Methoden des Schwangerschaftsabbruchs für Ärzt*innen und medizinisches Fachpersonal.
6. Eine umfassende, weltanschaulich neutrale und diversitätsbewusste sexuelle Bildung an allen Schulen, wobei das Thema Schwangerschaftsabbruch verpflichtend wertneutral zur Sexualaufklärung ab der Sekundarstufe gehören soll.
7. Kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln und Notfallverhütung. Bei selbstgewählter Sterilisation Übernahme der Kosten für alle Geschlechter.
8. Gezielte Forschungsförderung in die Entwicklung von innovativen Verhütungsmitteln für alle Geschlechter.
9. Eine umfassende rechtliche Anerkennung und Gleichstellung aller Formen des Zusammenlebens.
10. Ausbau der Infrastruktur und staatlichen Unterstützung, die allen Menschen ein gutes und sicheres Leben mit Kindern ermöglichen.